

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Sonderausgabe - 58. Jahrgang

März 2008



Positionen

„Jetzt sind wir dran!“

Eva Högl ist Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) Berlin.

Am 8. März erinnern Frauen auf der ganzen Welt an die Geschichte der Frauenbewegung und erneuern ihre Forderung nach Gleichberechtigung.

Die SPD setzt sich seit ihrer Gründung für die Rechte der Frauen ein. Das Frauenwahlrecht, die Stärkung der Rechte von Müttern und die Chancengleichheit im Berufsleben waren und sind zentrale Forderungen. Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen hat den Internationalen Frauentag 2008 unter das Motto "Jetzt sind wir dran!" gestellt. Sie macht deutlich, dass Frauen nicht länger warten wollen und ihre Gleichberechtigung und Gleichstellung einfordern.

Alle Menschen müssen für ihre Arbeit ein Einkommen erhalten, das ihnen eine eigenständige Existenz sichert. Das bleibt vielen Frauen noch immer vorenthalten. Die ASF tritt dafür ein, dass Frauen die gleichen Chancen am Arbeitsmarkt haben. Wir fordern verbindliche Regeln zur Gleichstellung in der Wirtschaft, eine Tarifpolitik, die gleichen Lohn für gleiche Arbeit garantiert, einen gesetzlichen Mindestlohn, geschlechtergerechte Umgestaltung des Steuerrechtes, Überwindung traditioneller Rollenmuster bei Berufs- und Studienwahl, Ausbau von Ganztageeinrichtungen für Kinder.

Unsere Ziele sind Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung von Frauen und Männern. Deshalb ist der Internationale Frauentag wichtig. Aber noch wichtiger ist es, sich auch an den übrigen 364 Tagen im Jahr für die Rechte von Frauen einzusetzen. Wir freuen uns, wenn auch Sie sich einmischen - mit Anregungen, Unterstützung unserer Forderungen oder als Mitglied der SPD. □

„Mitreden, mitgestalten!“

Michael Müller zum Internationalen Frauentag

„Der Internationale Frauentag hat auch heute noch seine Berechtigung“, sagt Michael Müller, der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner SPD im Interview mit der Berliner Stimme. Sein Aufruf: „Mitreden, mitgestalten!“

BS: Herr Müller, die Berliner SPD ist am 8. März berlinweit mit Infoständen auf der Straße. Es werden Rosen und diese Zeitung verteilt. Ist dieser Aufwand am Internationalen Frauentag heutzutage überhaupt noch angemessen?

Michael Müller: Auf jeden Fall. Der Frauentag bleibt ein wichtiges politisches Datum. Es geht zwar nicht mehr um Fragen wie das Frauenwahlrecht, aber eine wirkliche Gleichberechtigung im Alltag ist noch nicht erreicht. Eines der wichtigsten Themen heute ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

BS: Was wird denn politisch getan, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern?

Michael Müller: Ich bin davon überzeugt, dass sich in kaum einem anderen Bundesland Familie und Beruf so gut vereinbaren lassen. Das liegt an den kurzen Wegen



Im Gespräch: Michael Müller, SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender, und die Vize-Präsidentin des Abgeordnetenhauses Karin Seidel-Kalmutzki.

in der Stadt, aber vor allem an der Politik des SPD-geführten Senats. Die Betreuung in der Kita wird schrittweise beitragsfrei gestellt. Es gibt die verlässliche Halbtagsgrundschule und ein großes Angebot von Ganztagschulen und Betreuung am Nachmittag. Diese Angebote für Kinder sind in vielen Fällen die Voraussetzung, dass Mütter in den Beruf zurückkehren. Und das von der SPD angestoßene Elterngeld sorgt bundesweit dafür, dass sich auch immer mehr Väter um die Kindererziehung kümmern können. **BS □**

Stadtentwicklung:

Eine Stadt für die Frauen?

Ingeborg Junge-Reyer: „Wir gestalten die Stadt, wie sie uns gefällt!“

Berlins Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer hat ein wichtiges Ziel: „Wofür wir unbedingt streiten, ist eine Stadtentwicklung, an deren Gestaltung alle teilhaben können, unabhängig vom Geschlecht.“

Stadtentwicklung entscheide maßgeblich über die Gestaltung des öffentlichen Raumes - dort, wo sich in einer Stadt beweist, wie die Menschen zusammen leben. „Da ist es undenkbar, die Ansprüche und



Ingeborg Junge-Reyer ist Senatorin für Stadtentwicklung.

Vorstellungen von nur einem Geschlecht zu berücksichtigen“, so die Senatorin. Frauen haben aufgrund ihrer vielfältigeren Lebensentwürfe eine hohe Kompetenz, die unterschiedlichen Ansprüche in der Stadtentwicklung einzubringen. **weiter S. 2**

27. April:



NEIN!

zum Flugbetrieb in Tempelhof

www.tempelhof-flugfm.de

Finanzen:

„Das Geld gerecht verteilen“

Iris Spranger über Haushaltspolitik und Frauenförderung

Wer Geschlechtergerechtigkeit im politischen Alltag umsetzen will, muss sich mit Haushaltsplanung auseinandersetzen, sagt Iris Spranger, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Finanzen. Denn der Landshaushalt verteilt Ressourcen und definiert damit auch politische Schwerpunkte.

Um dabei die Geschlechtergerechtigkeit zu fördern, gibt es das „Gender Budgeting“. Mit diesem Ansatz kann analysiert werden, ob bestimmte Ausgaben mehr Frauen oder Männern zugute kommen, ob dies gewünscht ist, ob mehr für die benachteiligte Gruppe getan werden kann. Der Haushalt kann so auf seine Wirkungen bezüglich der Gleichstellung überprüft werden. „Innerhalb dieses spannenden Analyseverfahrens wird plötzlich klar, wo die öffentliche Ausgabenstruktur geschlechterspezifische Schiefen hat und korrigiert werden muss“, so Iris Spranger. Das seit 2002/2003 durchgeführte Berliner Gender Budgeting ist ein qualitativ hochwertiger Analyse- und Steuerungsprozess, der drei Ebenen umfasst: Erster Schritt war eine Untersuchung des geschlechterdifferenzierten Nutzens von staatlichen Maßnahmen, also eine umfangreiche Analyse der Anteile von Nutzer und Nutzerinnen staatlicher Ausgaben. Hier konzentrierte sich der Prozess zunächst auf Ausgaben in den Berei-

chen Kultur, Bildung, Sport, Jugend und Gesundheit. Laut Iris Spranger ist schon jetzt sichtbar, wie die öffentlichen Angebote geschlechterdifferenziert genutzt werden: „Manches Erwartete hat sich bestätigt - Frauen oder Mädchen z.B. leihen mehr Literatur aus als Männer bzw. Jungen - manches ist überraschend.“ Der nächste Schritt ist die Ausdehnung der Analyse auf Empfänger von Geldern wie Vereine, Projekte, freie Träger, Organisationen, Unternehmen.

Aus den Analyseergebnissen sollen selbstverständlich Konsequenzen gezogen werden. „Dazu werden in der dritten Stufe geschlechterspezifische Ziele definiert und so das politische Tagesgeschäft dahin gesteuert, diese Ziele durch geeignete Maßnahmen zu erreichen“, erklärt Iris Spranger die Umsetzung der geschlechterdifferenzierten Analyse der öffentlichen Haushalte. Damit unterstützt das „Gender Budgeting“ nachdrücklich die Geschlechtergerechtigkeit. **HK** □



Iris Spranger ist Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Finanzen. Foto: SPD

Eine Stadt für die Frauen? Fortsetzung von Seite 1

„Wir wollen“, sagt Ingeborg Junge-Reyer, „die gleichberechtigte Teilnahme der Geschlechter an den Prozessen der Stadtentwicklung, um zu bestmöglichen Lösungs- und Handlungsstrategien zu kommen.“ „Gender Mainstreaming“ heißt die politische Strategie dazu. „Wir müssen lernen, bei unseren Entscheidungsprozessen Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu benennen und zu berücksichtigen. Dieser schwierige Prozess wird von der Genderbeauftragten mit Unterstützung des Frauenbeirates gestaltet“, so die Senatorin.

Der Erfolg gibt ihr Recht: „Durch neue Formen der Bürgerbeteiligung an Planungsverfahren und entsprechender, auf Frauen ausgerichtete, Öffentlichkeitsarbeit zu Planungsverfahren konnten Frauen stärker beteiligt und deren Ansprüche berücksichtigt werden.“ **BS** □

Hochschule:

Bessere Förderung

Mehr Frauen in Forschung und Lehre - das ist das Ziel eines speziellen Förderplans, für den bis 2011 jährlich rund 3,4 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Wissenschaftssenator Prof. Dr. Zöllner: „Ziel des Programms ist es, die Repräsentanz von Frauen auf allen Qualifikationsstufen des Wissenschaftssystems nachhaltig zu verbessern und die Anzahl der Wissenschaftlerinnen in den Spitzenfunktionen im Wissenschaftsbereich zu steigern.“ □



Petra Merkel, SPD-Bundestagsabgeordnete (l.).

Der Tag der Ladies

Nach dem „Girls' Day“, bei dem sich junge Frauen einen Tag lang in einem „männerrdominierten Bereich“ umsehen, gibt es jetzt auch einen „Ladies' Day“. Erfinderin ist die SPD-Bundestagsabgeordnete Petra Merkel. „Meine Idee, einen Ladies' Day mit Unternehmerinnen durchzuführen, stieß in der Fraktion auf gute Resonanz: Zum fünften Mal organisiere ich für die SPD-Bundestagsfraktion am 7. März den Ladies' Day. In Zusammenarbeit mit dem Verband der Unternehmerinnen in Berlin erhalten Frauen aus unterschiedlichen Branchen einen Einblick in die politische Arbeit.“ □

Ein Europa für Frauen

Dagmar Roth-Behrendt: „Starke EU-Gesetze sind nötig“

Viele selbstverständliche Regelungen - gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Schutz Schwangerer am Arbeitsplatz, Elternurlaub - sind im Europäischen Parlament erkämpft worden und haben die Situation für Frauen in der EU fundamental verbessert. Auch wenn wir viel erreicht haben, scheint es, als wären wir trotzdem noch am Anfang.

Zwar diskutieren wir SozialdemokratInnen in Deutschland Gleichstellungspolitik seit Jahrzehnten, doch das ist nicht in allen Teilen der EU so und gerade weil die 27 Mitgliedstaaten unterschiedlich mit Gleichstellung umgehen, sind starke EU-Gesetze für alle Länder notwendig.

Frauen in Spitzenpositionen sind in Deutschland rar - in manchen Ländern der EU findet man nahezu keine und der Frauenanteil in manchen nationalen Parlamenten ist beschämend. Was wir brauchen, ist ein Mentalitätswechsel, z.B. in der Haus-



Dagmar Roth-Behrendt ist Berliner Europaabgeordnete. Foto: SPD

halts- und Regionalpolitik, aber auch europaweit in den Köpfen. Der Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU kann die Richtung vorgeben, aber alle Länder in der EU müssen dafür sorgen, daß die Europäischen Regelungen umgesetzt

werden - zur Not auch mit Zwang, wenn gesetzlich verbriefte Rechte mißachtet werden. Es ist Vorbildfunktion und Überzeugungsarbeit nötig, um Frauen überall und in allen Bereichen Chancengleichheit zu garantieren. Gut, dass wir SozialdemokratInnen das immer wieder vorantreiben!

Dagmar Roth-Behrendt □

Frauenrechte:

„Erfolgreiche Frauen“

Gisela von der Aue: Gleichbehandlungsgesetz nutzen

In der Berliner Justiz lag im Jahr 2006 der Anteil der Frauen an allen Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten bei 46,7 Prozent. Im juristischen Vorbereitungsdienst in Berlin betrug der Frauenanteil im Jahr 2007 48 Prozent. Dass sich der Zugang von Frauen zu den juristischen Berufen heute weitgehend unproblematisch gestaltet, ist allerdings Ergebnis eines langen Prozesses.

Noch 1922 durften Frauen keine Richterinnen oder Staatsanwältinnen werden. Es dauerte bis zum Jahr 1924, dass mit Marie Munk die erste Referendarin Preußens die große juristische Staatsprüfung ablegte.

Die Probleme für Frauen im Berufsleben sind heute bei Weitem noch nicht beseitigt. Frauen gelangen immer noch wesentlich seltener in Führungspositionen als Männer. Dass in der Berliner Justiz von den 16 Stellen für Gerichtspräsidenten 7 Stellen von Frauen besetzt sind, stellt eine begrüßenswerte Ausnahme dar.

Das im Jahr 2006 verabschiedete Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) hat die Rechte der Frauen im Berufsleben gestärkt. Bei einer Verletzung des AGG, für deren Nachweis Beweiserleichterungen gel-



Justizsenatorin Gisela von der Aue.

ten, hat der oder die von einer Diskriminierung Betroffene Anspruch auf Ersatz materieller und immaterieller Schäden. Allerdings machen Frauen und weitere von Diskriminierungen Betroffene in Deutschland noch sehr wenig von ihren Rechten nach dem AGG Gebrauch. Denn gerade viele Frauen fürchten, ihren Job zu verlieren, wenn sie ihre eigene Firma verklagen. Neue Urteile aufgrund der Antidiskriminierungsrichtlinien der EU zeigen aber, dass Frauen sich erfolgreich wehren können.

Gisela von der Aue □

Gesundheit:

Die Pflege verbessert

Mechthild Rawert: „Würde der Menschen sichern“

2,1 Millionen pflegebedürftige Menschen erhalten im ambulanten oder stationären Bereich Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung. Mit einer qualitätsorientierten Pflegereform verbessert die SPD-Bundestagsfraktion nachhaltig die Lebenssituation von pflegebedürftigen, ihren Angehörigen und den professionellen Pflegekräften.



Mechthild Rawert, SPD-Bundestagsabgeordnete.

Leitbild der SPD ist die Stärkung der Rechte der Pflegebedürftigen. Mechthild Rawert: „Wir sichern Würde, Solidarität und Teilhabe in jeder Lebensphase. Im Mittelpunkt unserer Pflege-Politik steht der Wunsch der Menschen, möglichst lange im vertrauten Umfeld zu leben. Deshalb stärken wir die häusliche Pflege.“

Den Angehörigen habe die SPD intensiv

zugehört: „Sie klagen darüber, dass die Organisation rund um die Pflege sehr belastend ist. Deshalb schaffen wir wohnortnah Pflegestützpunkte mit PflegeberaterInnen. Unter einem Dach wird individuell beraten und das gesamte Leistungsgeschehen bedarfsgerecht koordiniert. Hier wird auch über die finanziellen Leistungen - u.a. der Kranken- und Pflegeversicherung, der Sozialhilfe- und Altenträger - entschieden.“

Die finanziellen Leistungen der einzelnen Pflegestufen werden erhöht, neue Wohnformen gefördert und die Tagespflege ausgeweitet. Neu eingeführt werden finanzielle Leistungen für Demenzerkrankte und Behinderte.

„Gerade Frauen profitieren von der Pflege-Politik. Wir verbessern die Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Erwerbstätigkeit durch eine sechsmonatige unbezahlte, aber sozialversicherte Pflegezeit. Wir SozialdemokratInnen kämpfen auch für den bezahlten Freistellungsanspruch für die akut auftretende Pflege.“

BS □

Frauen verändern Politik:

„Zukunftsoffensive für Frauen“

„Es wundert nicht, dass in Ahnengalerien zu oft Männerporträts hängen, die von den Wänden auf uns herabschauen. Sie sind Mahnung und Herausforderung zugleich“, sagt Canan Bayram, frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Sie will dafür sorgen,



Canan Bayram ist frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

dass sich auch die SPD selbst weiterentwickelt: „Parteistrukturen müssen so gestaltet werden, dass sie frauengerechter sind. Wir brauchen Frauen aus ganz unterschiedlichen Lebenssituationen. Das heißt auch, dass wir die Frauen für ihre Leistungen anerkennen und ihnen den Platz in unserer Mitte anbieten. Praktisch heißt das: Frauen in der politischen Arbeit gezielt unterstützen und fördern. Wir brauchen eine ‚Zukunftsoffensive für Frauen‘ in der Berliner SPD. □

„Es geht um konkrete Verbesserungen“



Barbara Loth, Wirtschaftsstadträtin in Zehlendorf, kümmert sich um gesunde Ernährung.

Als Stadträtin könne sie durch gute Familien- und Wirtschaftspolitik vor Ort die Situation von Frauen verbessern, sagt Zehlendorfs Wirtschaftsstadträtin Barbara Loth. „Es ist es nicht nur wichtig, ausreichend Pätze in den Kitas anzubieten, sondern den Kindern dort eine gute Bildung anzubieten, ihnen beizubringen sich gesund zu ernähren und ausreichend zu bewegen, sich sicher im Straßenverkehr bewegen zu können.“ Gute, erreichbare Einkaufsmöglichkeiten sowie familienfreundlich gestaltete Stadtteile helfen, den Alltag berufstätiger Mütter zu verbessern. „Meine Aufgabe vor Ort ist es, die vielfältigen Angebote im Bezirk zu bündeln, so dass jede Frau die richtige Unterstützung erhält“, sagt Barbara Loth. □

Argumente:**Neuer Stadtteil für Berlin**

Von der Öffnung des Tempelhofer Feldes profitieren alle Berlinerinnen und Berliner. Die Freiflächen des Flughafengeländes entsprechen weit über 500 Fußballfeldern. Hier ist Platz für Arbeiten, Wohnen, Freizeit und Erholung inmitten der Stadt. □

Ein Standort ist wirtschaftlicher als drei

Tempelhof verursacht seit der Wende Verluste von über 160 Millionen Euro, die letztlich der Steuerzahler aufbringen muss. Die Konzentration auf einen zentralen Großflughafen für die gesamte Region ist die beste Lösung. Hier entstehen bis zu 40.000 Arbeitsplätze. □

Tempelhof gefährdet BBI

Die Regierungen und Parlamente Berlins, Brandenburgs und des Bundes haben den zentralen Großflughafen vor den Toren der Stadt mehrfach beschlossen. Gerichte aller Instanzen haben das immer wieder bestätigt. Wer einen wesentlichen Eckpfeiler aus dem Flughafenkonzept herausbricht, indem er Tempelhof weiter betreiben will, setzt den Bau des Großflughafens aufs Spiel und riskiert die Offenhaltung Tegels. □

Flughafen-Befürworter handeln verantwortungslos

Die Flughafen-Befürworter haben kein Konzept und erzählen jedem etwas anderes: mal soll Tempelhof Verkehrsflughafen bleiben und 2 Millionen Passagiere im Jahr abfertigen, mal Sonderflughafen für eine Hand voll Manager werden. □

Die Menschen würdigen

Wir würdigen den historischen Einsatz alliierter Piloten und Berliner Arbeiter, den Mut und die Standhaftigkeit der Bewohner der Westsektoren während der sowjetischen Blockade 1948/49. Diese Frauen und Männer haben Geschichte geschrieben - nicht das Gebäude oder die Landebahnen! Ihnen soll in einer Ausstellung an Ort und Stelle gedacht werden. □



Flughafen Tempelhof: Das Gelände soll für alle Berlinerinnen und Berlin geöffnet werden.

Foto: MG

NEIN zum Flugbetrieb**Neue Chancen für Tempelhof nutzen**

Für die Berliner SPD ist die Entscheidung beim Volksentscheid am 27. April klar: Nein zum Flugbetrieb in Tempelhof. Das heißt Ja zu neuen Chancen für Tempelhof und vor allem Ja zum geplanten Großflughafen BBI.

Ein Festhalten an einem Verkehrsflughafen Tempelhof - wie beim Volksentscheid gefordert - könnte das größte Infrastrukturprojekt Ostdeutschlands mit geschätzten 40.000 neuen Jobs in der Region gefährden. Gleichzeitig würden die Chancen vertan, ein neues Innenstadtquartier mit einer Mischung aus Wohnen, Arbeit, Sport und Erholung zu schaffen, wie es die Berliner SPD fordert. Die Beschlüsse zur Schließung der innerstädtischen Flughäfen wurden bereits 1996 mit CDU-Mehrheit beschlossen und sind nun in der Planungsgrundlage für den Großflughafen BBI verankert.

Zum Volksentscheid am 27. April sind alle Berlinerinnen und Berliner aufgerufen. Wie bei einer Abgeordnetenhauswahl werden an diesem Sonntag in der ganzen Stadt Wahllokale eingerichtet. Da das Wahlverfahren beim Volksentscheid aber einfacher ist und nur ein Stimmzettel anschließend ausgezählt werden muss, können Wahllokale, die bei anderen Wahlen im selben Gebäude nebeneinander untergebracht waren, zusammengelegt werden. Das spart Personal, ohne dass sich die Wege für die Bürgerinnen und Bürger verlängern.

Anders als beim Volksbegehren, bei dem nur Befürworter des Flugbetriebs unterschrieben haben, können beim Volksentscheid auch die Berlinerinnen und Berliner teilnehmen, die gegen den innerstädtischen Flugbetrieb in Tempelhof sind und mit Nein stimmen wollen. Wahlbenachrichtigungen werden Ende März verschickt. □

Breites Bündnis gegründet**Gemeinsam für ein flugfreies Tempelhof**

Mit gemeinsamen Plakaten, Flugblättern, Veranstaltungen und Internetseiten werben zahlreiche Berliner Organisationen, Parteien und Verbände für ein Nein beim Volksentscheid.

Das Bündnis für ein flugfreies Tempelhof aus Arbeiterwohlfahrt (AWO), verschiedenen Bürgerinitiativen, dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, SPD und Verkehrsclub Deutschland hat sich anlässlich des bevorstehenden Volksentscheids gegründet. Es tritt dafür ein, den Flugverkehr zum 31. Oktober einzustellen, um das Flug-

feld für alle zu öffnen. Im Unterschied zur wirtschaftlichen Interessengemeinschaft ICAT ist das Bündnis für ein flugfreies Tempelhof ein breites Bürgerbündnis. Die insgesamt etwa 70.000 Mitglieder der einzelnen Organisationen stehen für eine feste Verankerung in der Stadt. Die beteiligten Parteien stellen zwei Drittel der Parlamentarier im Abgeordnetenhaus. Die Berliner SPD und das Bündnis für ein flugfreies Tempelhof rufen dazu auf, sich zu informieren und am 27. April am Volksentscheid teilzunehmen. Mehr dazu: www.berlin.spd.de und www.tempelhof-flugfrei.de. □

Mitmachen - Eintreten!

Sie wollen nicht länger warten, dass andere die Entscheidungen treffen? Dann werden auch Sie selbst aktiv: Mitentscheiden, mitreden, mitgestalten.

- Im Internet: www.mitmachen.spd.de
- Bei der Berliner SPD: Telefon 4692 222
- Die Berliner SPD im Internet: www.berlin.spd.de

Berliner Stimme

Herausgeber: Rüdiger Scholz, Landesgeschäftsführer der Berliner SPD, Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Redaktion: Daniela Fiedler, Hannes Hönemann, Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de,

Druckerei: Heenemann, Berlin